

Michaels

Mich.-Berlin (AAUD.)

Durch die Wechselwirkung und Belastung der einzelnen Gruppen, kann eine Körperschaft ihre Kompetenzen nicht überschreiten. Die Situationen in Mitteldeutschland haben die Tatsache gezeitigt, dass wenn eine Gruppe versagte, die übrigen Bezirke eingreifen mussten, um die Schlagkraft zu erhalten. Zur Frage der Geschäftsführung können wir gesondert abrechnen und anfordern. Das hindert jedoch nicht, dass wir berücksichtigen müssen, dass in den kommenden Kämpfen die Frage Zusammenfassung der Kräfte die wichtigste Rolle spielt.

App.- Holland (GIK.) Jan APPEL

Was ist die Ursache der Ablehnung zentraler Erfassung, was ist die Ursache des Nachdrucks der Schlagkraft. Berlins Misstrauen und gegenteilige Meinung zur Dezentralisation besteht deshalb, da diese zur vollkommenen Ablehnung der zentralen Erfassung führt. In der zentralen Erfassung suchen wir die Sicherung durch die Vororte. Die Übertragung der Verantwortung auf eine Ortsgruppe bietet die beste Gewähr für eine Verhinderung der Diktatur durch Körperschaften. Das Prinzip des Zusammenarbeitens zwischen Agitation und Organisation ist unbedingt richtig. Ich unterstreiche deshalb die Ausführungen von Mich.App. geht abschliessend dann nochmals ein auf die Schlagkraft einer Organisation.

Thy.- Berlin (AAUD.) Julius THYSEN

Ich berufe mich auf eine Broschüre der AAUE. in der es heisst, wir sind weder Föderalisten noch Zentralisten. Wenn wir das zentralistische Organisationsprinzip anerkennen, so lehnen wir jedoch jeden bürokratischen Zentralismus ab. Hierbei möchte ich hinweisen auf die Gefährlichkeit des Über - Föderalismus und darauf, dass bürokratische Auswirkungen ebenfalls in einer föderativen Form Platz greifen können. Erinnern wir uns der Kämpfe gegen Watter, in Hamburg usw. wo die übrigen Bezirke die Zaungäste spielten. Thy. weist dann noch auf die bezirklichen Unterschiede in der AAUE. hin, wonach der Osten eine föderative und der Norden eine zentrale Auffassung vertreten soll. Abschliessend erklärt er die zentrale Erfassung zur Schaffung einer Kampfeinheit für notwendig.

Kru.- Chemnitz (AAUD.)

nimmt Stellung zu dem angewandten Organisationsprinzip der AAUE. im Fall des Bezirks Gross - Mitteldeutschland und weist auf die Unzulänglichkeit des Arbeitens hin, durch Bildung der Pressestelle in Harthau und Org. Stelle in Leipzig. Schon die Praxis bei Herausgabe der Politischen Flug-schriften zeigt, dass wir als Pr.- St. genau das gleiche wissen mussten wie Leipzig, wodurch eine doppelte Belastung in Erscheinung trat. Die gleichen Erscheinungen hatten wir bei der Umlage. Wenn wir Gelder benötigten mussten wir an die einzelnen Bezirke ein Umlageverfahren zur Abstimmung herausgeben, dessen Ergebnis dann erst wieder zur Information an die Gruppen ging, ehe überhaupt die Umlage lief. Die Dezentralisation kann zu einer Gefahr auswachsen, wenn sie überspitzt wird. Andererseits kann ich mich nicht den Gefahren verschliessen, die wiederum mit der zentralen Erfassung verbunden sind. Kru. übt hierbei Kritik an der 3. These V.7 und weist daraufhin, dass dieses noch der Über-

fehlt S. 40

= 41 =

passungsfähigkeit. Dresden erhebt zum Beispiel seit 1 1/2 Jahren eine Normalumlage von Mk. 2,50 für Arbeitende. Wenn jetzt eine Anforderung erfolgt, so wird die Gruppe die Erstattung in aufgeteilten Summen vornehmen, wenn sie nicht sogleich den ganzen Betrag zahlen kann. Daraus ergibt sich für die Praxis eine regelmässige Umlage.

Lia. - Berlin (AAUD.) *E. Wicke*
ganz wie bei uns. Die Organisation muss, wenn sie leben will, auch eine finanzielle Stärke haben. Deshalb ist, ob Umlage oder Beitrag wenn sie regelmässig erfolgen, der Name schnurz, pips.

Par. - Berlin (AAUE.) *F. Parkow*
Gibt nochmals sinngemässe Wiederholung seiner Auffassung.

Metz. - Frankfurt (AAUD.) *A. Metzger*
bestätigt nochmals den AAUD.-Standpunkt.

Mich. - Berlin (AAUD.) *Michalski*
stellt anschliessend das Einverständnis der gesamten Konferenz betreffs laufender und regelmässiger Finanzierung fest, so wie es in dem „Aufbau und Satzungen, Punkt 8“ (siehe Anhang) formuliert wurde. Mich. kommt nunmehr auf die Pressefrage zu sprechen und weist in Sa. des Kampfruf darauf hin, dass dieser z. Zt. eine Druckerschuld von 500 M. aufweist. Das Versagen einzelner Gruppen, welches in mangelhafter Abrechnung und starker gewordenen geminderten Umsatz bestand, hatte dazu geführt, dass die Anfang des Jahres bestandene schuldenfreie Lage zu der genannten Ziffer anstieg. Es ist notwendig, dass die AAUD. bis zur Vereinigung die bestehenden Schulden selbst abgedeckt hat. Die Presse der geeinigten Organisation kann vorerst nur alle 14 Tage erscheinen. Die Möglichkeit des 8 tägigen Erscheinens muss die Praxis ergeben.

Holl. - Dresden (AAUE.) *Hollmann*
ist ebenfalls für 14 tages Erscheinen. Bezirkliche Organe dürfen erst dann herausgegeben werden, wenn die Presse selbst sichergestellt ist. Gruppen die ungenügend abrechnen, können mit Zeitungen nur per Nachnahme beliefert werden. Die Kosten der Presse dürfen sich nur auf die Herstellungskosten belaufen.

Hey. - Dresden (AAUE.) *Huy*
eine direkte Bezahlung von Arbeitskräften müssen wir ablehnen. Es können nur die Auslagen für Zeitungen, Fahrgelder und dergleichen erstattet werden. Hey. geht dann noch ein auf die Presse - Beschwerde - Kommission.

Mi. - Leipzig (AAUD.) *Müller*
weist daraufhin, dass die Abrechnungen durch die Bezirke erfolgen müssen, wobei die Propaganda - Exemplare entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Henz. - Berlin (AAUE.) *Henz*
begründet die Schaffung eines theoretischen Organs in der Art der früheren Zeitschrift „Proletarier“.

Thy.-- Berlin (AAUD.) *J. Thyssen*

Die Presse ist nicht nur ein Sprachrohr der Organisation sondern auch ein literarisches Organ des marxistischen Gedankens. Deshalb müssen die in der Presse angebotenen Bücher einer Kontrolle unterworfen werden, sodass über diejenige Literatur, die eine Angriffsfläche gegen die Organisation und ihrer Propaganda bietet, Besprechungen in der Presse erfolgen müssen. Das vorgeschlagene theoretische Organ muss sehr gut bearbeitet werden.

Mich.-- Berlin (AAUD.)

stellt hiermit anschliessend das Einverständnis zur Pressefrage fest und weist nochmals zusammenfassend darauf hin, dass der Kopf der Zeitung „Der Kampf“ lautet und in Bezirken wo angebracht „Proletarische Revolution“ wobei der Inhalt selbstverständlich der gleiche ist.

Auer.-- Berlin (AAUD.) *Auerbach*

geht nunmehr ein auf die Internationale. Zeigt die seitens der AAUD. bestehenden Verbindungen mit Holland, Danemark, IWW.-- Amerika, Ungarn und Frankreich auf. Zur IWW. bemerkt Auer, dass diese lt. der letzten Informationen sich in einem Zersetzungsprozess befinde. Erinnert daran, dass in Zukunft das IIB. in Frankfurt sein kann. Die IWO muss künftig Ausdrucksorgan der Union sein.

Kra.-- Frankfurt (AAUE.) *K. Kraus*

stellt fest, dass die AAUE. bis auf Ungarn die gleichen Verbindung hat. An Stelle Ungarns besteht eine Verbindung mit Bulgarien. So wie wir nicht die Verbindungen, die nicht direkt unsere Auffassungen vertreten, ablehnen können, können wir in der Frage der IWO. auch nicht die Artikel ablehnen, die uns von den Ländern eingesandt werden, in denen rein syndikalistische Organisationen die Arbeiterbewegung beherrschen. Weist noch auf den bestehenden erheblichen Versand des „Freien Arbeiter“ hin und bemerkt, dass die Verbindung mit den Esperantisten nicht geklappt hat.

Thy.-- Berlin (AAUD.)

Thyssen (Julius)

n.B.

Die Union muss versuchen mittels der IWO. Verbindungen mit im Ausland gleichgerichteten und sympathisierenden Kräften aufzunehmen. Mit dem bisherigen Inhalt der IWO. kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die IWO. diene nicht nur als Nachrichtenmaterial, sondern hat bedeutend weitergehend direkt anarchistische und syndikalistische Artikel zum Abdruck gebracht ohne jegliches Kommentar. Auf Zwischenruf, dass das nicht mehr der Fall sei, erklärt Thy. dass er dann, wenn dies in der letzten Zeit Tatsache geworden sei, entsprechend seine Kritik zurücknehme.

Hey.-- Dresden (AAUE.)

erklärt, dass bei ihnen betreffs der IWW. andere Informationen vorliegen.

Schwe.-- BO. Hamburg (AAUD.)

August Schwegel

weist darauf hin, dass man die IWW. auf Grund von Informationen Einzelner nicht grundsätzlich beurteilen kann,

sondern nur in ihrer Gesamterscheinung.

Mich. - Berlin (AAUD.)

stellt zusammenfassend fest, dass auch in dieser Frage einverständnis der gesamten Konferenz vorhanden ist, was darin zum Ausdruck kommt, dass IIB. und INO. künftig eine Stelle sind.

Lie. - Berlin (AAUD.)

Arthur LIERS

nimmt zur Tätigkeit der VRUK Stellung. Der Apparat hat in gewisser Hinsicht nicht geklappt, da die entsprechenden Berichte aus den Bezirken sehr spärlich eingelaufen sind. Lie. schlägt vor, künftig diese Fragen bezirklich zu regeln, wobei zu beachten ist, dass die Flüchtlingsfrage nur zentral geregelt werden kann. Ausserdem ist es notwendig, dass in Zukunft beachtliche Momente in der Presse die genügende politische Auswertung erfahren. Betreffs der Sammelisten weist Lie. auf eine notwendige schlagkräftige Bezeichnung hin.

Holl. - Dresden (AAUE.)

hält in dieser Frage eine zentrale Regelung für notwendig.

Mey. - Dresden (AAUE.)

weist auf die Verwendung der AAUE. - Richtlinien hin.

Mich. - Berlin (AAUD.)

stellt die Einstimmigkeit der gesamten Konferenz fest und weist daraufhin, dass in Zukunft der offizielle Name „Rechtsschutzstelle“ lautet. Daraufhin wird eingetreten in die Abstimmung der vorliegenden Vorschläge zu den Vororten. Zu nachstehender Verteilung wird Einstimmigkeit der gesamten Konferenz erzielt.

Leipzig	-	RAA. (Org. und Prop.)
Berlin	-	Presse
Frankfurt	-	Internationale und INO.
Breslau	-	Rechtsschutzstelle
Dresden	-	Kontrollkommission

Mich. - Berlin (AAUD.)

Michaeli

kommt auf die Vorschläge zu dem Namen der vereinigten Organisation zu sprechen und stellt den alten Namen AAUD. (Revolutionäre Betriebsorganisation) als Antrag der Ortsgruppe Gr. - Berlin ebenfalls zur Debatte. Zur Begründung bemerkt Mich., dass sowohl der Begriff B.O. wie auch AAU. im ganzen Reich verankert und auch bei den Aussenstehenden bekannt ist.

Kra. - Frankfurt (AAUE.)

KRAUS (Kurl)

erklärt, dass Frankfurt sich für den Namen KAU. deshalb entschieden hätte, da die Union nach der Vereinigung keine AAU. im althergebrachten Sinne mehr sei. Ausserdem ist dann auch nicht mehr die Unterschiebung syndikalistischer Tendenzen möglich.

Thy. - Berlin (AAUD.)

Thyssen

eine Namensänderung unterbindet keine Verfälschung seitens der Gegner. Abgesehen davon, dass im ganzen Reich der Gedanke der BO. massgebend ist muss die Frage aufgeworfen werden, was gegen den Namen AAUD. (Revol. Betriebsorganisation) besteht. Ist derselbe irgendwie kompromittiert oder ist das eine Prestige-Frage?

Lbg. - Leipzig (AAUD.)

Wilzig

wir haben den Namen KAU. deshalb zur Abstimmung gestellt, weil wir der Ansicht sind, dass Ziel und Richtung durch den Namen zum Ausdruck kommen muss.

Rau. - Berlin (AAUD.) W. Rankittis

durchbricht den Rahmen der Berliner Delegation indem er erklärt, dass er den Namen AAU. (kom. Räteorganisation) vertrete. Eine Zurechtweisung durch die übrigen Berliner Delegierten zwang dann Rau. zu der Erklärung, dass dieses seine persönliche Auffassung sei und er sich an sein gebundenes Mandat halten werde.

Holl. - Dresden (AAUE.)

weist daraufhin, dass sie (Dresden) eigentlich mit ihrem Vorschlag einen Treubruch gegenüber Leipzig begangen hätten, aber doch denselben für zweckmassig hielten.

Zaj. - Cuxhaven (AAUD.)

erwähnt, dass es vollkommen gleichgültig sei, wie die Organisation heisst und bekennt sich zu dem Vorschlag Dresdens.

Hey. - Dresden (AAUE.)

weist daraufhin, dass in der AAUE. kein einheitliches Bild bestehe und Schlesien sich für Dresden bekannt habe.

Lin. - Berlin (AAUD.) E. Linke

begründet nochmals den Antrag Berlins.

Um ein Stimmungsbild der Konferenz auch in dieser Frage zu erhalten, wird eine Abstimmung herbeigeführt. Das Ergebnis ist folgendes:

AAU. (RBO.)	9	dafür
AAU. (KR.)	5	"
KAU. (RBO.)	12	"

Diese Vorschläge werden der Mitgliedschaft zur Urabstimmung überwiesen. Mit dieser Abstimmung ist der 3. Tag zu Ende geführt und wird die Tagung um 24,40 Uhr auf den 27.12. vertagt.

Vierter Tag
(Eröffnung 9Uhr 45Minuten)

G.Lie-Berlin(AAUD)

A. LIERS

gibt Bericht über den Neuen Arbeiter Verlag und weist in Verbindung hiermit auf den noch vorhandenen Bestand der Verlagsbroschüren hin. Es sind noch vorhanden
1206 brosch.Exempl. "Grundprinz.kommun.Produkt.u.Vertlg."
716 geb. " " " " " "
900 Exempl. "Ausgangspunkte d. " " " " "
Ausserdem ein gross Teil anderweitiger sozial-politischer und kultureller Literatur. Daran anschliessend fordert Gen.L., dass die Genossen, die noch Schulden bei dem Verlag haben, diese schnellstens abdecken müssen. Da der Verlag ohne jegliches Betriebskapital und des weiteren ohne die üblichen Gewinnquoten arbeitet, ist er auf die jeweils einlaufenden Gelder angewiesen, um hieraus die Anschaffung neuer Bestellungen zu decken. Deshalb muss es jedem Genossen von selbst zur Pflicht werden, bestellte Literatur sofort nach Erhalt zu bezahlen. Denn nur dadurch bietet sich die Möglichkeit schnellster Belieferung bestellter Literatur. Abschliessend richtet Gen.L. an die Genossen den Appell, den Absatz der "Grundprinzipien..... sowie Ausgangspunkte....." in einer weit stärkeren Masse wie bisher zu betreiben, dies umso mehr, da auf erstere noch Druckerschulden lasten.

Mich-Berlin(AAUD)

tritt ein für Aufrechterhaltung beider Verlage

Holl-Dresden(AAUE)

desgleichen.

Kra-Frankfurt/M.(AAUE) KRAUS

gibt in seinem Bericht über den Verlag der AAUE bekannt, dass im Verlagsbestand noch 1500 Exempl. "Von der bürgerlichen z.proletarischen Revolution" vorhanden sind, ausser einem gross Teil von Erziehungsliteratur. Der Verlag hat in Vorbereitung zwei neue Broschüren und zwar
1) Grundprinzipien der Organisation
2) Vom Kapitalismus zum Imperialismus.

Mich-Berlin(AAUD)

Michaels

stellt anschliessend das Einverständnis der gesamten Konferenz dazu fest, dass beide Verlage aufrecht erhalten werden, wovon der Neue Arbeiter Verlag die Auslieferung behält.

Daran anschliessend kommt Gen.M. nochmals auf die Aufgaben des RAA in besonderen Fällen zu sprechen und weist daraufhin, dass in solchen der RAA automatisch von einem anderen Vorort übernommen werden muss. In Verbindung hiermit bemerkt er zur Vruk, dass diese eine Statistik über Schädlinge führen müsse. Namen dürfen in der Presse nicht genannt werden.

Lbg-Leipzig(AAUD)

Witz
Der RAA bzw. Vruk müssen Verhaltensmassregeln für die Genossen gegenüber der Polizei herausgeben. Jeder Gen. hat gegenüber der Polizei absolute Schweigepflicht zu wahren.

Hey-Dresden(AAUE)

Aus Rundschreiben darf man nichts über Organisation (Stärke usw.) entnehmen können.

Damit ist die Diskussion über diesen Punkt geschlossen.

Rau-Berlin(AAUD)

Willy Rankhoffs (1859-)
gibt eine Erklärung ab. Er beruft sich auf sein gegenüber der Berliner Mitgliedschaft gebundenes Mandat und stimmt nachträglich für den Namen: Allgemeine Arbeiter Union(RBO).

Wock-Berlin(AAUD)

gibt bekannt, dass der RAA-AAUD Material zur Russlandfrage teils in russischer, teils in französischer Sprache von der Gruppe Spartacus(Frankreich) zwecks Uebersetzung und evtl. Drucklegung übermittelt bekam. Gen. die eine einwandfreie Uebersetzung vermitteln können, möchten sich bei ihm melden.

Mich-Berlin(AAUD)

erklärt, dass sich die Redaktions-Kommission nunmehr zurückziehe, um ihre Arbeit aufzunehmen und gibt anschliessend die Leitung an Gen.Wock. ab.

Wock-Berlin(AAUD)

übernimmt die Leitung der Konferenz und erstattet den Bericht des RAA. der AAUD. Eingehend auf die dem Konferenzmaterial beiliegende Aufrechnung und Statistik weist Gen.W. daraufhin, dass dieselbe aus Gründen unregelmässiger Abrechnungsberichte der Ortsgruppen unvollkommen sein muss und deshalb nur als verhältnismässige Uebersicht gewertet werden kann. Finanziell sei die Org. stark geschwächt, was vor allen Dingen wohl auf die grosse Erwerbslosigkeit zurückzuführen sei, an der die Org. mit 80% beteiligt sei. Des weiteren hat die Presse ein grosses Fiasko aufzuweisen, welches aber mehr ein Verschulden der Genossen ist. Wenn wir noch Anfang des Jahres besonders durch die Initiative der Berliner einen Ausgleich erzielen konnten, so war aber dieser in der daruffolgenden Zeit nicht mehr zu halten. Die nicht mehr eingehenden Presse-Reichs-Schulden aus dem Jahre 1930 liessen die Aufgewandte Mühe der Berliner zu nichts werden, welche verstärkt wurden durch die weiteren schlechten Abrechnungen. Gerade die Gruppen, die in organisatorischen Fragen sehr stark opponierten haben hier an grossen Anteil. So Leipzig, die aus dem Jahre 1930 noch eine ausserordentlich hohe Ziffer schuldig sind, die bis heute noch nicht abgedeckt ist. Für die Zukunft ist

eine derartig nachlässige Abrechnung nicht mehr möglich, wenn das Erscheinen des Kampfruf sichergestellt sein soll. Gen. weist im Anschluss hieran auf die vorzunehmende Prüfung der Reichskassen-Geschäfte hin und beantragt die Wahl der entsprechenden Revisionskommission, die auch sofort vorgenommen wird.

Kassen-Revisions-Kommission werden gewählt

Gen. Zaj-Cuxhaven

" Seif-Chemnitz

" Hoge-Magdeburg

" Nau-Berlin

Seif
Hoge
Rauhbrunn

Zajac (Stanislawa)?

Berichterstattung der Wirtschaftsbezirke
welche im Verlauf der sich daran anschliessenden

ihre Tätigkeit aufnehmen. Von einer besonderen Wiedergabe der Berichte wird in diesem Protokoll Abstand genommen, da die Praxis der Organisation aus der Presse bekannt ist und die Berichte im übrigen rein organisatorische Angelegenheiten behandeln.

Vom Gen. Schwe-BO Hamburg wird folgender Antrag xxxxxxxxxx eingereicht, der als Material übernommen wird:

"Zur nächsten Reichskonferenz oder RWRS-Sitzung wünschen wir längere Zeit vorzusuchen für Berichterstattung, da auch in dieser der Austausch von Erfahrungen von Wichtigkeit und die Einstellung der verschiedenen Genossen in den Aktionen zur politischen Wertung der Lage notwendig ist".

Zwecks Einblick in die ausländischen Arbeitsgebiete geben die anwesenden Auslandsdelegierten noch einen kurzen Überblick:

Fuh-Tschechei(AAUD)

Charakteristisch für die Tscho-Sovakei ist das dort herrschende Genter-System was bedeutet, das nur die Proletarier ein Erwerbslosenunterstützung beziehen, deren Organisationen dem Genter-System angeschlossen sind. Interessant ist hierbei, dass auch die roten Gewerkschaften(KPC) diesem seitens der Regierung bestehenden System angeschlossen sind. In der letzten Zeit konnte man eine starke Unzufriedenheit unter den Staatsangestellten verzeichnen. Diese ist zurückzuführen auf den Abbau des 13.Monatsgehaltes. In entsprechenden Versammlungen kam es zu schweren Tumulten, über die die Versammlungsleitungen ganz entsetzt waren und sich veranlasst sahen, selbst die polizeiliche Auflösung dieser Versammlungen in die Wege zu leiten, wodurch sich die Rolle der Gewerkschaftsführungen von selbst kennzeichnet.

Canne-Holland(GIK)

Canne-Meyn

Die GIK ist nur eine kleine Gruppe, die aber ständig bemüht ist ihre Erkenntnisse weiterzutragen. Die besonderen Verhältnisse Hollands, haben auch besondere Arbeitsmethoden der Gruppe zur Folge. So ist es nicht unsere Absicht, vor allen Dingen unsere Organisation zu erweitern, sondern haben wir uns die Aufgabe gestellt, die Grundprinzipien des Klassenkampfes und seiner Bedingungen in den breiten Massen

zu verankern. Unsere Tätigkeit wirkt sich in einem gross Teil anderer Organisationen aus und zwar so, dass wir nicht in diesen fraktionell arbeiten, sondern dadurch, dass wir ihnen unser Pressematerial zur Diskussion übermitteln, was sie auch verwenden. Das kommt am besten darin zum Ausdruck, dass diese Organisationen im Laufe der Zeit an uns herangetreten sind, zwecks Auslegung unserer ideologischen Erkenntnisse in ihren organisatorischen Kreisen. Des weiteren haben wir Flugblätter mit den von uns erkannten notwendigen Wegen der Arbeiterklasse wie Schaffung von Betriebskernen, selbständiges Handeln der Arbeiterklasse usw. entworfen, deren Text Gruppen der KP-Hollands vervielfältigen, mit ihrer Organisation zeichnen und dann verbreiten, sodass die Partei-Kommunisten für unsere Erkenntnisse Propaganda betreiben.

Hiermit ist die Bezirksberichterstattung beendet. Zur Geschäftsordnung erhält der Gen. Mich das Wort. Er weist daraufhin, dass infolge des umfangreichen Materials die Redaktionskommission nicht zeitig genug fertig werden kann, weshalb die Konferenz bis abends tagen muss. Dieses wird zur Kenntnis genommen und dem Verlangen zugestimmt.

Es erfolgt hierauf der Bericht der Kassen-Revisions-Kommission, die die Kasse in Ordnung befunden hat und darum bittet, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Diesem wird seitens der Konferenz einstimmig nachgegeben.

Die Konferenz tritt darauf in die Mittagspause-13Uhr-, welche gleichzeitig mit dem Umzug in das neue Tagungslokal verbunden wird.

Wiedereröffnung der Tagung gegen 16Uhr.

Mich-Berlin(AAUD)

eröffnet die Sitzung für die Berichterstattung der Redaktionskommission. Er weist darauf hin, dass die Aenderungsvorschläge zum Thesenentwurf -wie sie die Redakt.-Komm.-formuliert hat, die Ergebnisse der vorausgegangenen ergiebigen Diskussion darstellen und dass eine erneute Generaldebatte natürlich nicht mehr in Frage kommen könne.

Hens-Berlin(AAUE) *F. Hensler*

gibt den Bericht der Redakt.-Kommission. Er verliest die einzelnen Aenderungsvorschläge im Zusammenhang mit den betreffenden Absätzen des Thesenentwurfs und begründet die wesentlichsten neuformulierten Punkte bzw. Zusätze. Im Anschluss hieran, verliest er den von der Redakt.-Komm. ausgearbeiteten Entwurf für die neuen Satzungen der geeinten Union. Er bemerkt vorweg, dass infolge der geringen zur Verfügung stehenden Zeit, nur ein roher Entwurf fertig gestellt werden konnte und bittet, die endgültige Formulierung der Satzungen der PPK zu übertragen, die das Ergebnis dann in kürzester Zeit den Gesamtmitgliedschaften vorlegen wird.

Mich-Berlin(AAUD)

betont, dass in der Redakt.-Komm. Einstimmigkeit über die

ausgearbeiteten Vorschläge besteht. Bei der nun folgenden Debatte könne es nur noch um Kleinigkeiten gehen. Sodann wäre festzustellen, ob die Delegierten für die Betrauung der PPK mit der endgültigen Formulierung der Satzungen seien.

Lin-Berlin(AAUD)

Linche
stellt zur Geschäftsordnung einen Antrag, der dahin geht, von einer weiteren Diskussion Abstand zu nehmen und durch Annahme der Vorschläge en bloc eine Willenskundgebung zur Bekräftigung der Einigkeit zum Ausdruck zu bringen. Zur Begründung weist er daraufhin, dass tagelang konferiert worden ist um eine Plattform für die Vereinigung zu finden, dass sie gefunden worden und das Ergebnis in der Arbeit der Redakt.-Komm. niedergelagt ist,

Hoy-Dresden(AAUE)

wünscht, dass Einwände formaler Natur noch behandelt werden sollen.

Inl-Berlin(AAUE)

Alfred ILHAU
hält es für gut, die Abänderungsvorschläge der Redakt.-Komm. zur Urabstimmung den Mitgliedschaften vorzulegen, wenn dies auch unter bestimmten Voraussetzungen nach den Satzungen nicht mehr erforderlich wäre.

Mich-Berlin(AAUD)

bemerkte hierzu, dass eine solche Urabstimmung durchgeführt werden könne und solle, wenn die Delegierten sich in ihrer Mehrheit dafür erklären.

Es werden anschliessend von Hoy-Dresden(AAUE), Mü-Leipzig(AAUD) usw. einige formale Änderungsvorschläge, insbesondere zu dem Satzungsentwurf gegeben.

Mich-Berlin(AAUD)

schlägt vor, weitere Vorschläge jetzt nicht mehr vorzulegen, sondern innerhalb der nächsten 14 Tage an Wock-Bln. einzureichen.

Holl-Dresden(AAUE)

ergänzt dazu, dass dies sich nur auf die Satzungen beziehen könne. Die weitere Formulierung wäre dann der PPK zu überlassen. Er gibt dann noch einige Vorschläge für die zeitliche Abwicklung.

Auer-Berlin(AAUD)

schlägt folgende Terminfestlegung vor:

Erledigung der Urabstimmung bis 1. Febr. 1932
Abwicklung der Geschäfte der alten Körperschaften " 1. März 1932,
sodass ab 1. März die neuen Arbeits-Ausschüsse der geeinten Union ihre Arbeiten endgültig aufnehmen.

Lin-Berlin(AAUD)

wiederholt nochmals seinen Antrag.

Die Abstimmung des Antrags wird vorgenommen. Sie ergibt eine einmütige Willenserklärung.

Mich-Berlin(AAUD)

Falls die Formulierung der Satzungen der PPK übertragen würde, wäre dann nur noch die Abwicklung der Geschäfte zu erledigen.

Holl-Dresden(AAUE)

verlangt, dass die PPK für die Bearbeitung der Satzungen wirklich paritätisch zusammengesetzt wird. Für die Einreichung von Vorschlägen hierzu hält er den 15.1.32. als Endtermin für angebracht.

Auer-Berlin(AAUD)

hält Zusendung von Bemerkungen zu den Satzungen nicht mehr für nötig. Die PPK könnte die Satzungen in kurzer Zeit fertigstellen und sie dann zusammen mit den Vorschlägen der Redaktions-Komm. zum Thesenentwurf bis ungefähr den 5.1.32. herausgeben. Am 1.2.32. müsste dann der Endtermin für die Urabstimmung zu allen Fragen und bis zum 1.3.32. die Uebergabe der Arbeiten an die neuen Körperschaften durchgeführt sein.

Die Delegierten erklären sich mit den Vorschlägen des Gen.A. einverstanden.

Par-Berlin(AAUE)

Fritz PARLOW

macht den Vorschlag, dass die PPK einen Aufruf anlässlich der erfolgten Vereinigung ausarbeitet und ihn in der Presse und als Flugblatt verbreitet.

Dieser Vorschlag soll nach erfolgter Urabstimmung inbetreffs Presse aufgegriffen werden, doch wird von der Herausgabe eines Flugblattes Abstand genommen.

Mich-Berlin(AAUD)

Michael

fasst das Ergebnis der Reichskonferenz kurz zusammen. Nach den Jahren des Zurückflutens der Bewegung ist nun der Weg nach Vorn, der Weg zu revolutionärem Aufstieg freigemacht. Die in den vergangenen Jahren gewonnenen Erkenntnisse bzw. Erfahrungen haben ihren Niederschlag in unseren einheitlichen Auffassungen über die wesentlichen Fragen gefunden. Die Praxis wird unsere Ansichten nun erhärten müssen. Es kommt jetzt darauf an, dass wir einen Anziehungspunkt für die anderen uns gleichgerichteten Kräfte bilden, dass wir eine wirklich schlagkräftige Klassenkampforganisation schmieden. Mit einem Hoch auf die geeinte Unionsbewegung schliesst Gen.Mich die Reichskonferenz.

Tagungsschluss abends 19Uhr 30Minuten.

Schlussbemerkung

Wir möchten abschliessend zu dem Protokoll bemerken, dass uns für die Tagung keine Stenographen zur Verfügung standen. Die protokollierenden Genossen konnten deshalb nur stichwortweise und sinngemäss das Protokoll fertigstellen. Wir machen deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam, damit nicht künstlich an irgendwelchen genehmen Stellen konstruiert wird.

Berlin, den 15. Februar 1932.

RAA -- AAUD.